

Die EU verhängt 2,4-Milliarden-Strafe gegen Google

Härteres Sanktionsklima

Die EU verhängt eine 2,4-Milliarden-Strafe wegen Wettbewerbsverstößen gegen den US-Konzern Google – Microsoft mußte vor vier Jahren weniger als ein Viertel davon zahlen. VW muß in den USA über 20 Milliarden Euro für sein Dieselgate blechen. Die Deutsche Bank muß im US-Hypothekenstreit 3,1 Milliarden abdrücken, die Libor-Affäre summierte sich auf 2,5 Milliarden Dollar – zu zahlen an britische und amerikanische Aufsichtsbehörden.



VON THOMAS FASBENDER

»Wer nicht hören will, muß fühlen – das sind Grundsätze aus autoritärer Vorzeit.«

Der US-Kongreß dreht an den russischen Daumenschrauben, Donald Trump fordert neue Iran-Sanktionen, Brüssel und Moskau verlängern ihre Sanktionen bis 2018. Wer nicht hören will, muß fühlen – pädagogische Grundsätze aus autoritärer Vorzeit. Das droht auch den Briten: Nur keine Extrawürste beim Brexit, denn am Ende spricht sich noch herum, daß ein Land auch ohne EU existieren kann.

Die einstigen Beitrittsbefürworter schreien nun am lautesten, weil die Türkei vorerst weiter EU-Heranführungs-Millionen erhält. Polen oder Ungarn wird mit dem Entzug des Stimmrechts und der EU-Strukturhilfen gedroht, weil sie sich muslimischer Einwanderung verweigern. Mit der „Lex Facebook“ – alias Netzwerkdurchsetzungsgesetz – sanktioniert der Bundestag das amerikanische Verständnis von Meinungsfreiheit. Jenseits des Atlantik gilt das First Amendment von 1791 – die freie Rede ohne Wenn und Aber. Hingegen führt die analoge Traditionslinie in Deutschland zu den

Karlsbader Beschlüssen von 1819. Mit damaligen Fürstenvertretern teilen Union und SPD die Bürde, ihr Volk vor Seelenschäden zu bewahren. Dazu gehört der Schutz vor angebliehenen „Fake News“ und offener, ungeschminkter Sprache in Lutherscher Tradition. Die Auffassungen zu dem Thema hierzulande und in den USA könnten kaum unterschiedlicher sein.

Der politische Erfolg von Sanktionen ist überschaubar. Ob Österreich im Jahr 2000, Iran, Israel, Rußland und Kuba oder die Redeverbote für

Recep Tayyip Erdoğan – Boykotte und Sanktionen solidarisieren in der Regel nur die betroffenen Völker mit ihrer Führung. Fatal wirken sie sich auf die Wirtschaft aus. Was ein „harder Brexit“ und der offene Haß gegen Trump die deutschen Firmen kosten, ist unabsehbar – die Exportvolumina (86 bzw. 106 Milliarden Euro im Jahr 2016) werden auf jeden Fall sinken. Zu den Rußlandsanktionen gibt es bereits Zahlen: Laut dem Wiener Wifo-Institut schlugen sie 2015 in der EU mit Exporteinbrüchen

von 18 Milliarden Euro und 400.000 verlorenen Arbeitsplätzen zu Buche. Was macht Sanktionen, selbst wenn sie ins eigene Fleisch schneiden, dennoch so attraktiv? Angesichts erodierender Legitimität bieten sie den gesellschaftlichen Eliten den Anlaß, ihre Autorität zu demonstrieren. Selbstvergewisserungen sind immer dann wichtig, wenn bisherige Loyalitäten bröckeln und nur noch Carl Schmitt hilft: „Souverän ist, wer Sanktionen verhängt.“

Deutsche Staatsschulden auf 1,99 Billionen Euro gesunken?

In der Haftungsfalle

Von Bruno Hollnagel

Die Steuereinnahmen sprudeln wie nie. Die öffentlichen Schulden sind laut Statistischem Bundesamt zum Ende des ersten Quartals um 2,3 Prozent auf 1,99 Billionen Euro gesunken – dank Wolfgang Schäuble und seinen Finanzministerkollegen aus den Ländern, denken nun viele. Die Details ernüchtern: Die HSH-Nordbank wird zwar entschuldet, der Steuerzahler muß aber via „hsh Portfoliomangement AöR“ für die faulen Eier bluten: Hamburg und Schleswig-Holstein erhöhen ihre Schulden um 10,6 bzw. 6,1 Prozent.

Als Angela Merkel 2005 ins Kanzleramt kam, lagen die Staatsschulden mit 1,49 Billionen um ein Viertel niedriger. Auch relativ zur Wirtschaftsleistung nahmen sie stark zu, obwohl Schäuble & Co. wegen der EZB-Politik seit 2008 Zinsersparnisse von etwa 240 Milliarden Euro verbuchen konnten – und die Bürger exorbitant hohe Steuern zahlen mußten. Ist das solides Wirtschaften? Die eigentliche Crux ist noch gravierender: die Haftung Deutschlands für Schul-

den, Zahlungsverpflichtungen und Bürgschaften. Die Target-2-Salden im Eurosystem betragen 857 Milliarden Euro. Die Euro-Rettungsschirme (ESM: 190 Milliarden, EFSF 210 Milliarden) können sich vergrößern. Die Zahlungsverpflichtungen für Pensionen und die Steuerzuschüsse zur Rentenkasse dürften einen Zeitwert von über einer Billion haben. Die Bundesbank – also unser Staat – haftet mit mehr als 600 Milliarden Euro für die nur mäßig gesicherten Anleihekäufe der EZB.

Hinzuzurechnen sind noch diverse sonstige Risiken wie Asylkosten, Hermesbürgschaften oder bilaterale Griechenland-Kredite. Alles zusammen gerechnet sind das über fünf Billionen Euro. Auch wenn Deutschland eines Tages nicht alles bezahlen muß, so bleibt doch ein erhebliches Risiko, für das Rücklagen hätten gebildet werden müssen. Der deutsche Finanzminister hat angesichts dieser Fakten unverantwortlich gewirtschaftet und die Steuerbürger in eine verhängnisvolle Haftungsfalle manövriert.



EU-Kommissare Valdis Dombrovskis und Pierre Moscovici präsentieren Reflexionspapier (r.): Euro-Fahrplan bis 2025

Warum eine Vertiefung scheitern wird

Eurokrise: EU-Reflexionspapier setzt auf Integration durch Zentralisierung / Alternative Nord- und Süd-Euro?

DIRK MEYER

Die Wahl von Emmanuel Macron zum französischen Präsidenten hat der Diskussion um eine Vertiefung der Währungsunion euphorischen Schwung verliehen. Dabei sind die Konstruktionsfehler der Euro-Einheitswährung offensichtlich. Eine einheitliche Geldpolitik – ein gemeinsamer Zentralbankzins für alle Mitgliedstaaten bei unterschiedlichen Entwicklungsständen, Produktionsstrukturen, Branchenkonjunkturen und staatspolitischen Mentalitäten – paßt für keinen richtig. EU-weite Haushaltsregeln sollten eine fiskalische Koordination der nationalen Haushalte sicherstellen. Die Einsicht zur Nachbesserung des Regelwerkes nach der Staatsschulden- und Bankenkrise war groß: Reform des Fiskalpaktes, die Installation einer Haushaltsüberwachung und eines Bankenabwicklungsmechanismus.

Es hat wenig gebracht – offensichtliche Verstöße und Ausnahmen wurden zur Regel. So wurde die Defizitquote seit Einführung des Euro 1999 109mal überschritten. Allerdings wächst die Erkenntnis, daß es Alternativen bedarf, will man eine Dauerkrise durch ein „Weiter

so“ mit ökonomischen Verlusten für alle vermeiden. Zwei grundlegende Möglichkeiten bestehen: Entweder heilt eine Fiskalunion mit Finanzausgleich nach dem Modell der deutsch-deutschen Wiedervereinigung die Mängel – oder die Einheitswährung wird aufgegeben.

In ihrem „Reflexionspapier zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion“ legte die EU-Kommission kürzlich einen Vorschlag für einen Fahrplan bis 2025 vor. Kernpunkte sind eine Integration durch Zentralisierung, eine Stärkung der EU-Kommission zu Lasten nationaler Souveränitätsrechte und eine Vergemeinschaftung von Haushaltsressourcen. Konkret sind kollektive Fonds zur Bankenunion vorgesehen: eine Letztversicherung durch staatliche Mittel bei kumulativen Bankenzusammenbrüchen (Backstop) und ein europäisches Einlagensicherungssystem.

Heimische Steuerzahler, Sparkassen und Volksbanken würden dann marode italienische Geldhäuser finanzieren. Die aktuell 17 Milliarden Euro schwere Rettung der Banca Popolare di Vicenza und Veneto Banca müßte dann nicht mehr Italien alleine bezahlen. Das zentrale Element des EU-Reformpakets ist die Errichtung einer stabilisierenden „Fiskalkapazität“. Hinter dieser Worthülse

berbergen sich ein Investitionsfonds zur Unterstützung konjunkturell gefährdeter Euro-Staaten, ein „Rainy-Day-Fonds“ zur Abwendung schockartiger Einbrüche, eine EU-Arbeitslosenversicherung sowie ein eigener Haushalt für den Euroraum.

Diese Kollektivmittel würden durch ein EU-Schatzamt verwaltet – ein Finanzministerium XXL. Entsprechend den neuen Machtverhältnissen nach einem Brexit wäre der Zugriff der Euro-Krisenstaaten („Club Med“) auf diese Mittel sicher. Darüber hinaus sollen der auf dem Völkerrecht errichtete Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) und der Fiskalpakt in supranationale EU-Institutionen überführt werden, womit die EU-Kommission weitere Machtbefugnisse erhielt. Dies macht eine Vielzahl einseitiger Änderungen notwendig – was kaum realistisch erscheint.

Kein gemeinsam regierbares Gemeinwesen

Fritz Wilhelm Scharpf, langjähriger Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln, hält auch aus demokratietheoretischer Sicht eine Vertiefung der Währungsunion für falsch. Dies „setzt ein politisches Gemeinwesen voraus, dessen Mitglieder willens und fähig sind, sich gemeinsam selbst zu regieren“. Doch von einer politisch belastbaren kollektiven Identität sei Europa weit entfernt. Insbesondere würde die demokratische Legitimation der Regierten aufgrund einer weitgehenden Loslösung der EU-Kommission und der EZB vom Wählerwillen fehlen.

Gerade die Finanz- und Staatsschuldenkrise offenbarte diesen Mangel und führte zu einer europakritischen Haltung vieler (EU-)Bürger. Der Einsatz der lockeren Geldpolitik zur Staatenrettung und die Auflagen für die hilfenehmenden Staaten entbehren einer direkten Einflußnahme durch die Betroffenen. Deshalb könne die Euro-Rettungspolitik „nur als Fremdherrschaft kombiniert mit einem autoritären Expertenregime qualifiziert werden“. Einer Vertiefung fehlen die notwendigen demokratischen

Entscheidungs- und Kontrollstrukturen.

Was könnten demnach mögliche Zukunftsszenarien für einen Weg aus der Einheitswährung sein? In einem Interview des *Tagespiegels* plädierte der einstige Euro-Befürworter Scharpf kürzlich für ein Europa der zwei Räume. Länder müßten den Euro nach vorgegebenen Austrittsregeln verlassen können, um eine nationale Währung wieder einzuführen. Im Zentrum der Eurozone sieht er den „D-Mark-Block“ (Deutschland, Österreich, Benelux), die baltischen Staaten und Irland.

Die EU-Staaten mit nationaler Währung würden eine Koordination über den Wechselkursmechanismus II (Bandbreite +/-15 Prozent) wahrnehmen. Probleme liegen in einem überzogenen Abwertungsdruck und der Notwendigkeit eines Schuldenschnittes. Den Ansatz einer dualen Währungsunion brachte der frühere BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel 2010 ins Gespräch. Mangels Zukunft tritt der DM-Block aus und bildet den Kern eines „harten“ Nord-Euro. Der bisherige Euro würde dann de facto zu einem „weichen“ Süd-Euro mutieren. Ein unkoordinierter Ausstieg und die Frage nach Frankreichs Zugehörigkeit könnten politische Verwerfungen hervorrufen.

Eine dritte Alternative bietet der vom Verfasser 2011 entwickelte Ansatz einer Euro-Parallelwährung. Jeder Mitgliedstaat hätte ein Austrittsrecht aus dem Euro, würde seine nationale Währung wieder installieren und könnte den Euro weiterhin als Parallelwährung nutzen. Sollte ein Mitglied dauerhaft gegen die Haushaltsregeln verstoßen, käme es zu einer automatischen Beendigung im Euro-Währungsgebiet. Die Freiheit der Mitgliedstaaten und der Schutz der Gemeinschaft wären zugleich möglich.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Das Euro-Parallelwährungs-Konzept erläutert sein Buch „Euro-Krise: Austritt als Lösung? (Lit Verlag 2012)“

Nationale Kapitalanteile an der EZB

Deutsche Bundesbank (Deutschland)	1.948.208.997
Banque de France (Frankreich)	1.534.899.402
Banca d'Italia (Italien)	1.332.644.970
Banco de España (Spanien)	957.028.050
De Nederlandsche Bank (Niederlande)	433.379.158
Nationale Bank van België (Belgien)	268.222.025
Bank of Greece (Griechenland)	220.094.043
Oesterreichische Nationalbank (Österreich)	212.505.713
Banco de Portugal (Portugal)	188.723.173
Suomen Pankki – Finlands Bank (Finnland)	136.005.388
Central Bank of Ireland (Irland)	125.645.857
Národná banka Slovenska (Slowakei)	83.623.179
Lietuvos bankas (Litauen)	44.728.929
Banka Slovenije (Slowenien)	37.400.399
Latvijas Banka (Lettland)	30.537.344
Banque centrale du Luxembourg (Luxemburg)	21.974.764
Eesti Pank (Estland)	20.870.613
Central Bank of Cyprus (Zypern)	16.378.235
Central Bank of Malta (Malta)	7.014.604
Insgesamt	7.619.884.851

Ihr Bestellschein
JF-Buchdienst · Hohenzollernstraße 27a · 10713 Berlin
Fax: 030 - 86 49 53 - 40 · Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

Bestelladresse: Kundennummer:

Vorname/Name:

Strasse/Nr. (kein Postfach):

PLZ/Ort:

Telefon: E-Mail:

Datum/Unterschrift:

Deutschland-Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,90. Postales Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen.

JF BUCHDIENST
JUNGE FREIHEIT Medienversand

gehen Sie online: jf-buchdienst.de

Hans-Lothar Merten
Vertreibung aus dem Paradies
100 Jahre Steueroasen zwischen Nummernkonten, Briefkastenfirmen und Karibikinseln
Apple, Starbucks, Hoenes – so unterschiedlich die Akteure auch sind, ein Ziel eint sie: Keine oder nur wenig Steuern auf Vermögen. Das Phänomen »Steuerturflucht« ist alles andere als neu. Die Geschichte der Steueroasen, des schwarzen Lochs der Weltwirtschaft, kennt keiner besser als Hans-Lothar Merten. 272 S., geb.

Best.-Nr.: 93472 EUR 24,99

Andreas Marquart, Philipp Bagus, Roland Tichy
Wir schaffen das – alleine!
Warum kleine Staaten einfach besser sind
Nur die Vereinigten Staaten von Europa werden im Wettbewerb mit Asien und Amerika bestehen können. Dieses EU-Dogma wird von den beiden Bestsellerautoren gründlich auseinandergenommen. Tatsächlich gehen in Staatsmolechen nämlich Bevormundung, Korruption und Verschwendung. 160 S., geb.

Best.-Nr.: 93381 EUR 14,90

Roland Baader
Das Ende des Papiergeld-Zeitalters
Ein Brevier der Freiheit
Das Ende des Papiergeld-Zeitalters bietet eine unglaubliche Chance. Dem falschen Wohlstand, der unsere Umwelt hässlicher, verlogener und kälter gemacht hat, sollten wir keine Träne nachweinen. Auf der Grundlage soliderer Werte könnte wirklicher Wohlstand wachsen. 240 S., geb.

Best.-Nr.: 93256 EUR 22,00

Rainer Zitellmann
Psychologie der Superreichen
Das verborgene Wissen der Vermögenselite
Der Autor hat intensive persönliche Gespräche mit 45 Hochvermögenden geführt. Die meisten sind Selfmade-Multimillionäre und besitzen ein Nettovermögen zwischen 30 Millionen und 1 Milliarde Euro. Das Ergebnis ist ein einmaliger Einblick in die Psyche der deutschen Vermögenselite. 432 S., geb.

Best.-Nr.: 93389 EUR 34,99

Ralf Nienaber
Geplanter Untergang
Wie Merkel und ihre Macher Deutschland zerstören
Auf Merzels rechtswidrige Grenzöffnung folgten Vergewaltigungen, Diebstähle, Körperverletzungen, Morde und Terror. Was nach Unfähigkeit aussieht, hat jedoch einen Plan: Den Geostategen und Spekulanten hinter Merkel geht es um Deindustrialisierung und Bevölkerungsaustausch. 304 S., Pb.

Best.-Nr.: 93207 EUR 18,90

Götz W. Werner, Matthias Weik, Marc Friedrich
Sonst knallt's!
Warum wir Wirtschaft und Politik radikal neu denken müssen
Immer mehr Menschen haben das Gefühl, nur noch für den Staat zu schuften, und fühlen sich benachteiligt, während eine winzige Elite immer reicher wird. Die Autoren zeigen auf, warum ein Bedingungsloses Grundeinkommen, Gemeingüter und eine Finanzregulierung vernünftig sind. 160 S., geb.

Best.-Nr.: 93473 EUR 10,00

Rainer Zitellmann
Wenn Du nicht mehr brennst, starte neu!
Mein Leben als Historiker, Journalist und Investor

Journalist, Unternehmer, Historiker, Immobilieninvestor und Bodybuilder – erst Maoist, später Multimillionär. Rainer Zitellmann hat kaum etwas ausgelassen. Mit 59 Jahren verkaufte er sein PR-Unternehmen und schrieb seine zweite Doktorarbeit: eine Psychologie der Superreichen. 320 S., geb.

Best.-Nr.: 93482 EUR 24,99